

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

4.6.1929 (No. 126)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Strasse Nr. 14
Telefon
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Amen
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Rücktritt Baldwins

Die englische Regierungsbildung

Der englische Premierminister Baldwin wurde heute vor- mittag vom König empfangen und hat diesem seinen Rück- tritt von der Regierung erklärt. Er wird voraussichtlich dem König empfehlen, Mr. MacDonald mit der Kabinettsbil- dung zu beauftragen. Eine Folge des Rücktritts des Kabi- netts ist, daß Sir Austen Chamberlain seine projektierte Ab- reise nach Madrid zur Ratstagung des Völkerbundes unter- lassen muß.

WTB. London, 4. Juni. (Tel.) An der gestrigen Veratung in Downing Street nahmen alle Kabinettsmitglieder, mit Ausnahme des erkrankten Lord Balfour teil. Man nimmt an, daß der König heute nach Entgegennahme des Rücktritts Baldwins den Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, empfangen und mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen wird. Wie man glaubt, hat MacDonald seine Ministertafel im wesentlichen schon fertiggestellt.

In einem Leitartikel sagt „Times“: Das Land wünscht keine neuen Wahlen. Es braucht vor allem Frieden im Innern und nach Außen. Wenn MacDonald bei seiner Politik diese Tatsache berücksichtigt, braucht er sich keine Sorge zu machen, daß ihn eine unfaire Behandlung zuteil werden könnte. „Daily Mail“ warnt MacDonald vor allen Nationalisierungsexperimenten und sagt, wenn die neue Regierung sich auf die nächsten und dringlichsten Probleme beschränke, könne sie eine Area wirklichen Fortschritts und wirklicher Wohl- fahrt herbeiführen. Das Blatt meint, es sei jetzt eine Periode ruhiger Entwicklung zu erwarten, da die sozialistische Regierung nur solche Vorlagen einbringen werde, die die Unter- stützung der Mehrheit der Liberalen Partei finden würden.

Die Liberalen „Daily News“ sagt: Wenn die Arbeiterpartei unter Begünstigung der extremen Punkte ihres Wahlpro- grammes sich auf die großen nationalen Fragen beschränken will, dann werden die Liberalen ihr eine faire Möglichkeit zur Bewährung ihrer staatsmännischen Eigenschaften geben; aber in zwei Punkten wird MacDonald die Methoden ändern müssen. In erster Linie muß er bedenken, daß er der Die- ner nicht des Vollzugsauslasses seiner Partei, sondern des Parlaments und der Nation ist. In zweiter Linie muß er seine Haltung gegenüber den liberalen Unterhausmitgliedern einer vollkommenen inneren Umwandlung unterziehen. Wenn nicht die allgemeinen Regeln des Anstands gewahrt werden, wird praktische Zusammenarbeit unmöglich sein.

Die außenpolitischen Folgen

WTB. Paris, 4. Juni. (Tel.) Der „Petit Parisien“ be- schäftigt sich in einem offenbar beeinflussten Artikel mit der Frage, welche Bedeutung die Verhandlungen, die außerhalb der Tagesordnung des Völkerbundesrates in Madrid gepflogen werden dürften, angesichts des Umsturzes in England haben könnten. Die englischen Wahlen, die die konservative Regierung zugunsten der Arbeiterpartei in die Minderheit versetzt hätten, hätten die Lage vollkommen verändert. Alle Unterredungen, die während der Ratstagung stattfinden, könnten also nur noch einen persönlichen Charakter tragen und in- folgedessen nur eine beträchtlich verminderte Bedeutung haben. Erst wenn die Frage der Regierungsbildung in Eng- land gelöst sein werde, werde man von der Rheinlanddrängung sprechen können. Bis zu diesem Zeitpunkt könne man nichts unternehmen.

„Cotier“ erklärt, daß es die höchste Zeit sei, das Rheinland zu räumen. Die Rückführung auf der Reparationskonferenz sei so gut wie erzielt. Nun sei auf der sogenannten Rhein- landskonferenz vereinbart worden, daß die Räumung sofort nach der Unterzeichnung des neuen Abkommens beginnen würde. Der Fälligkeitstermin sei da. Man könne ihn trotz des Widerstandes der nationalsozialistischen Fraktion (Martin u. a.) nicht mehr ausweichen. Die englische Arbeiterpartei habe sich für die Räumung der Koblenzer und der Mainzer Zone aus- gesprochen. Sie werde ihr Wort nicht brechen. Die Regierung Poincaré könne jetzt nicht mehr bei der von ihr verfolgten verhängnisvollen Politik bleiben. Wohl oder übel werde sie das Rheinland aufgeben müssen, wenn sie nicht vor aller Öffentlichkeit als Friedensstörer erscheinen wolle. In dieser Hinsicht würden die englischen Wahlen ein Unglück für die französischen Nationalisten sein, die nichts gelernt und nichts vergessen hätten.

Sabib Ullah befehlt Kandahar

WTB. Bombay, 4. Juni (Tel.) Die Truppen Sabib Ullahs haben Kandahar, die ehemalige Operationsbasis Aman Ullahs, kampflos und ohne Blutvergießen befehlt.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Der Reichsarbeitsminister Wiffell wird heute, Dienstag, in Berlin mit den Vertretern der Regierungsparteien eine inter- funktionelle Besprechung über das sogenannte „Sofort- Programm“ in der Frage der Arbeitslosenversicherung abhal- ten. Dieses Sofort-Programm umfaßt lt. „Volksanzeiger“ vor allem die Frage einer strengen Definition des Begriffs „Arbeitslosigkeit“. Ferner ist in diesem Programm die Ge- währung der sogenannten „unständig Beschäftigten“ enthal- ten. Dabei handelt es sich nicht um die Saisonarbeiter, son- dern um diejenigen Gruppen von Arbeitnehmern, die, wie z. B. Erdarbeiter und andere, als Gelegenheitsarbeiter angu- sprechen sind, da sie von Zeit zu Zeit arbeitslos zu werden pflegen.

Letzte Nachrichten

Das Pariser Ergebnis

Bericht im Auswärtigen Ausschuss

WTB. Berlin, 4. Juni (Tel.) Bei den heutigen Ausschus- beratungen im Reichstag konzentrierte sich das Hauptinteresse auf den bald nach 10 Uhr zusammengetretenen Auswärtigen Ausschuss, in dem sich die Führer der Fraktionen bzw. die Referenten für außenpolitische Fragen eingefunden hatten, um neben der Erörterung des internationalen Opium- abkommens vom 19. Februar 1925 vor allem der Darlegungen des Reichskanzlers Müller über die Pariser Sachver- ständigenkonferenz entgegenzunehmen.

Zunächst gab Reichsfinanzminister Dr. Silberding einen Überblick über das bisherige Ergebnis der Pariser Beratun- gen. Reichskanzler Müller knüpfte daran Ausführungen in politischer Hinsicht und gab von einer Mitteilung Kenntnis, in der sämtliche deutsche Sachverständige der Pariser Konferenz das Ersuchen ausgesprochen, daß innerpolitische Auseinandersetzungen bis nach Beendigung der Konferenz vertagt werden möchten. Die Sachverständigen wür- den, lediglich ihrem Gewissen und ihrem freien Ermessen fol- gend, die Verantwortung für ihre Entscheidung ohne Rücksicht auf äußere Einflüsse übernehmen. Der deutschen Regierung bleibe die Annahme oder Ablehnung der Pariser Abmachungen völlig frei.

Der Reichskanzler fügte hinzu, daß sich in einer Pressekon- ferenz vor den deutschen Pressevertretern in Paris Geheimrat Kahl in gleichem Sinne geäußert hat. Daher hat der Reichs- kanzler, zur Zeit von einer materiellen Erörterung abgesehen. Abg. Scholz (D. V.) beantragte, von einer General- diskussion abzusehen, worauf der Ausschuss in seiner Mehrheit im Sinne dieses Antrags beschloß.

Wie wir weiter erfahren, verließen nach einer Ge- schäftsordnungsdebatte, in der die Regierung als abgelehnt hatte, die deutsch-nationale Interpellation zum Gegenstand der Debatte zu machen und Beschlässe über das Ergebnis der Pa- riser Konferenz zu fassen, die deutsch-nationalen Aus- schussmitglieder den Saal, was sie in einer förm- lichen Erklärung noch bestätigten.

Nach den neuerlichen Dispositionen soll nun doch auch das Reichstagsplenum Gelegenheit haben, vor der Sommer- pause, eventuell an der Wende Juni/Juli, eine Repara- tionsdebatte zu führen, unter der als sicher anzunehmen- den Voraussetzung, daß die Experten in nächster Zeit ihre Arbeit abschließen, und daß die Regierung sich noch bevor sie auf der Grundlage des deutsch-nationalen Programms Stellung nimmt, mit der Materie beschäftigen kann. Freilich würde dann im Herbst noch eine zweite Reparations- debatte notwendig sein aus Anlaß der Ratifizierung des Young-Planes.

Ministerrat in Paris

WTB. Paris, 4. Juni (Tel.) Der Ministerrat hat sich gestern mit der Frage der Ratifizierung der interalliierten Schuld- abkommen und des Sachverständigenberichts beschäftigt, über die Interpellationen vorliegen. Die Kammer wird sich am Ende der heutigen Sitzung mit der Frage der Erörterung dieser Interpellationen zu beschäftigen haben. Die Regierung wird eine Debatte über die Außenpolitik ablehnen und Ver- tagung bis in die zweite Hälfte des Monats Juni fordern. Ende Juni wird — wie „Petit Journal“ annimmt — die Regierung vom Parlament die Ermächtigung zur Ratifizierung der Schuldabkommen mit Amerika und England verlangen. Man halte es für sicher, daß die Regierung heute bei der Ent- scheidung über einen Vertagungsantrag eine starke Mehrheit erhalten werde, und daß sie diese Mehrheit auch finden werde, wenn die Frage selbst zur Beratung gelange.

Polnisch-jüdische Zusammenstöße in Lemberg

WTB. Warschau, 4. Juni. (Tel.) Wie die polnische Presse aus Lemberg meldet, ist dort eine Fronleichnamprozession in der Sigmundstraße aus dem jüdischen Gymnasium mit Steinen beworfen worden. Bei einer Kundgebung polnischer Studenten vor dem Gymnasium kam es zu einer großen Schlägerei, an der sich auch Passanten beteiligten. Montag abend wiederholten sich die Zusammenstöße. Zahlreiche junge Leute, unter ihnen Studenten, drangen in das Gebäude der jüdischen Zeitung „Chwila“ ein. Zwei andere Gruppen ver- suchten mit Gewalt, in das Haus der jüdischen Studenten und in das jüdische Gymnasium in der Sigmundstraße ein- zudringen. Die Polizei nahm insgesamt 40 Verhaftungen vor.

Größer chineesisch-russischer Zwischenfall

WTB. Schanghai, 4. Juni (Tel.) Wie aus Mandchuri ge- meldet wird, sind der russische Generalkonsul in Mukden, der russische Botschafter in Harbin und der russische Direktor der Chinesischen Ostbahn bereits am Sonntag im Zuge von Sol- daten verhaftet und den chineesischen Behörden übergeben wor- den.

Trondhjem wird umgestuft. Die Erste norwegische Kammer hat mit 57 gegen 54 Stimmen den Vorschlag angenommen, der Stadt Trondhjem vom 1. Januar 1930 ab wieder ihren alten Namen Nidaros zu geben. Auch die Zweite Kammer, der die Vorlage jetzt zugeht, wird sie voraussichtlich annehmen.

Wirtschaftsprobleme

Des Buchdruckgewerbes

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt unter der Überschrift „Das Drucker- gewerbe“ einen Artikel, der die wichtigsten Wirtschaftsprobleme dieses Gewerbes zur Darstellung bringt, und deshalb besonders beachtenswert ist, weil die Darlegungen von einer Stelle kommen, die außerhalb des Buchdruckgewerbes steht.

„Die Lage des Verlags- und Buchdruckgewerbes wird nach außen weniger offenbar als die anderer Produktionszweige. Die be- kanntwerdenden Abschüsse der Aktiengesellschaften genügen nicht, um ein zuverlässiges Bild zu geben. Bei der Prüfung des gesamten Gewerbes ergibt sich ein weit weniger günstiges Bild, als die Dividenden es darzustellen scheinen.“

Der Einfluß der Konjunktur

Häufig wird das Buchdruckgewerbe unter den Industrien genannt, die von den Schwankungen der allgemeinen Kon- junkturentwicklung und der branchenmäßigen Sonderkonjunktur nur verhältnismäßig wenig beeinflusst werden. Sie können kaum von entscheidendem Einfluß werden, weil das konjunktur- liche Risiko durch die Verschiedenartigkeit der Auftragsgeber viel stärker verteilt sein müßte als bei Produktionszweigen, die ausschließlich mit bestimmten Industrien, z. B. der Textil- industrie, arbeiten. Auch eine allgemeine Depression sollte, nach einer weitverbreiteten Ansicht, auf das Verlags- und Buch- druckgewerbe weniger schärf als auf jede andere Branche zurück- wirken, weil gerade in Zeiten nachlassenden Geschäfts höchste Anstrengungen gemacht zu werden pflegen, um den Kunden- kreis durch das Medium der Propaganda zu erweitern.

Die tatsächlichen, während der letzten Zeit offenbar schlech- ter gewordenen Verhältnisse lassen aber Zweifel aufkommen, ob die Konjunkturrempfindlichkeit wirklich so gering ist, wie sie sich bei derartigen theoretischen Überlegungen darstellt. Der Zeitungs- und Zeitschriftenverlag spürt die allgemeine De- pression doch stärker als vielfach angenommen wird, wenn es auch eine Reihe von Unternehmungen gibt, deren Rentabilität unter dem Konjunkturrückgang keineswegs gelitten hat. Der nachlassende Geschäftsgang und der daraus folgende Druck zur Ausgabenbeschränkung erlaubt der Wirtschaft nicht die in dieser Zeit an und für sich stärkere Entfaltung der Propaga- andatätigkeit. Im großen und ganzen fließen die Inseraten- aufträge zur Zeit doch spärlicher, und für die Druckereien wirkt sich auch die Verminderung im Umfang des Inseraten- teils naturgemäß in einem Rückgang der Beschäftigung aus.

Weiterhin hat sich die These von der konjunkturunabhängi- gen Auftragsverteilung des Buchverlages nicht in dem er- warteten Maß bestätigt. Selbst führende Verlagshäuser — gleichermäßen im schongezeitigen wie im wissenschaftlichen Ver- lag — klagen über zunehmende Absatzschwierigkeiten. Zu einer Anpassung an die bestehende Lage durch Herabsetzung kleinerer Auflagen entschließen sich die Verleger nur ungern, weil erst bei einer gewissen Mindestauflage überhaupt auf eine Rentabilität zu rechnen ist.

Ungenügende Beschäftigung

Bei einer Umfrage, die der Deutsche Buchdrucker-Verein in bestimmten Abständen an 200 Mitgliedsfirmen verschiedenen Charakters richtete, wurde der Auftragsseingang für das zweite Halbjahr 1928 nur noch von 21,33 (1. Halbjahr: 37, 1927: 52) Prozent der Befragten als sehr gut oder gut be- zeichnet, von 62,6 (68 bzw. 44) Prozent als ausreichend und von 16 (6 bzw. 4) als ungenügend. Der zunehmende Auf- tragsmangel wirkte sich auch in der Bewegung der Preise aus: 2,86 (12 bzw. 7) Prozent der Firmen berichteten von steigenden, 42,67 (42 bzw. 57) Prozent von gleichbleibenden und 54,67 (46 bzw. 36) Prozent von fallenden Preisen. Bei allen Mängeln dürfte diese Enquete die Geschäftslage doch treffender darstellen als die üblichen Methoden der Konjunktur- diagnose. Auch die sonst so bezeichnende Zahl der Kon- kurse verlag in unserem Fall; unter den in der Branche herrschenden Verhältnissen kommt es bei Insolvenzen selten zur Öffnung des Konkurses, meist muß sie entweder mangels Masse abgelehnt werden, weil die wesentlichsten Werte des Unternehmens, die Maschinen, nur leihweise oder unter Eigentumsvorbehalt zur Verfügung standen, oder aber es findet sich, bevor es zum offenen Zusammenbruch kommt, ein neuer Interessent, der den Betrieb zur Fortführung über- nimmt.

Steigende Überkonkurrenz

Die eben erwähnte Erscheinung führt dazu, daß eine durch- greifende Reinigungsstrafe nicht recht zum Durchbruch kommt. Dagegen werden ständig neue Betriebe aufgenommen: Mittel- städte, in denen während der letzten Jahre Dutzende von Druckereien neu ins Leben getreten sind, wären als Beispiele zu nennen. Das Hauptkontingent stellen dabei die von Ge- billen erfolgenden Verleghandlungen, die durch die Bereit- willigkeit der Maschinenlieferanten erleichtert werden, Pro- duktionsmittel gegen Zahlungsziele zu liefern, bei denen eine Verteilung des Anschaffungspreises über zwei Jahre bereits als das Übliche gilt, und selbst vier und fünf Jahre keine Seltenheit sind.

Auch das Tempo, in dem die technischen Neuerungen ein- ander folgen, trägt zur Übersteigerung der Produktionskapa- zität bei, vor allem dadurch, daß in vielen Betrieben, die auf umgehende Modernisierung ihrer Produktionsverfahren be- dacht sind, noch leistungsfähige, gebrauchte Maschinen frei werden, die billig an den Markt kommen. Unter dieser Ge- fahr hat man übrigens in anderen Ländern ebenso zu leiden, und in den Vereinigten Staaten ist man ihr durch das rabi- tale, für deutsche Verhältnisse kaum in Betracht kommende Mittel begegnet, die ausgeschiedenen Maschinen zu vernichten.

Beträchtlich beigetragen hat zur Überhöhung der Produktionskapazität das wachsende Bestreben der Wirtschaft (Bäcker, Metzger usw.) und der Behörden, zur Selbstversorgung mit den benötigten Druckmaschinen überzugehen. In jedem Abziehapparat liegt somit der Keim zur Entwicklung einer eigenen Hausdruckerei; billige Maschinen und Apparate, die für einfache Arbeiten kleineren Umfanges genügen, stehen in großer Auswahl zur Verfügung. Doch auf diese Weise die Auftragserteilung der Behörden immer mehr zurückgeht, ist für das Gewerbe deshalb von besonderer Bedeutung, weil gerade der amtliche Druckbedarf von den Schwankungen der Konjunkturlage völlig unabhängig ist. Allerdings kann man auch die Meinung hören, daß die Ausbreitung der Hausdruckereien nicht überschätzt zu werden braucht, und daß ihre natürlichen Grenzen gesetzt seien. Neuerdings sei bereits wieder eine Ernüchterung in dem Streben nach Selbstversorgung zu bemerken, weil sich vielfach gezeigt hat, daß bei den billigen Preisen, zu denen das freie Gewerbe liefert, nennenswerte Ersparnisse nicht zu erzielen sind, und weil die Leistungsfähigkeit einer Hausdruckerei mindestens qualitativ schwerlich an die der alten selbständigen Betriebe herankommt, deren beträchtliche, vielfach Millionenwerte repräsentierende Bestände an Schriftmaterial ihnen schon einen Vorsprung sichern. Eine weitere Verschärfung der Situation bedeutet die wachsende Konkurrenz des Auslandes, das teilweise auch durch niedrige Löhne und geringere Versandkosten Vorteile zieht. Die Reichspostverwaltung sollte erwägen, die Benachteiligung des deutschen Gewerbes auszugleichen durch eine Angleichung unferer Druckmaschinenpreise an die Auslandspreise.

Preisnarrarchie

Eine natürliche Folge der Konkurrenzverhältnisse ist die anscheinend unausschöpfende Preisunterbietung. Differenzen von 50 Prozent bei der Angebotskalkulation sind keine Seltenheit. Zum Teil beruhen sie auf Qualitätsunterschieden der Erzeugnisse, für die vielen Bestellern der Blick fehlt, teilweise auch auf der Unfähigkeit vieler Buchdrucker, denen die elementarsten kaufmännischen Vorbildung abgeht, alle Kostenfaktoren mit dem ihnen zukommenden Gewicht bei der Preisstellung zu berücksichtigen. Der Spitzenverband ist bemüht, diesem Mangel abzuhelfen; die von ihm herausgegebenen Musterbuchführungen und die periodisch erscheinenden „Nachrichten“ seines Berechnungsamtes, wie vor allem der Buchdruckerpreis, sollen zum richtigen Rechnen anleiten.

Entscheidend sind aber nicht Preisdumping auf Grund geringerer Qualität und Fehlalkulation aus Unwissenheit, sondern die Kundenjagd durch effektive und bewusste Preisunterbietung, die auf Überkapazität und Auftragslücke beruht. Mit kartellartigen Einrichtungen ist nur schwer etwas auszurichten; bei der Menge der Kleinbetriebe — 68,9 Prozent der Gesamtzahl beschäftigten weniger als 10 Personen — kommt eine straffe Organisation nicht ohne weiteres zustande, und bei der Leichtigkeit, mit der Außenleiter erwachsen können, wäre sie nur unter besonderen Sicherungen zusammenzubringen. Die Branche hat das mit allen Gewerben gemeinsam, die nicht für den Markt, sondern auf Bestellung produzieren. Daraus ergibt sich der bis heute noch stark handwerksmäßige Einschlag, der manche Eigenarten der gewerblichen Situation erklärt. Trotzdem hatte der Deutsche Buchdrucker-Verein schon einmal etwas erreicht in der Milderung der bestehenden Dekonzernation; die Bindungen mussten aber nach Erlass der Kartellverordnung Stütze durch Verlangen des Reichswirtschaftsministeriums gelöst werden. Neuerdings ist man bemüht, in sog. „kollegialen Übereinkommen“ einen Ersatz zu schaffen, die zwar der Konkurrenz noch genügend Freiheit lassen, aber ausgeprägtere Schlussergebnisse verhindern sollen. Zum Ziel ist man damit noch nicht gekommen; vor allem fehlt bisher die Einseitigkeit für das ganze Reich, da die bisher geschlossenen Abkommen regional begrenzt sind. Der Schweizerische Buchdrucker-Verein versucht in der Kartellierung soweit zu gehen, daß bei den privaten und öffentlichen Auftraggebern ausschließlich diejenigen Betriebe Berücksichtigung finden sollen, die sich an die von ihm aufge-

stellte Preisordnung halten; in einer Eingabe an den Bundesrat ist sogar die gesetzliche Fundierung dieses Grundsatzes verlangt worden. Nach unserer Auffassung liegt darin eine gefährliche Abtreibung des Kartellgedankens; eine völlige Beseitigung der Konkurrenz, wie diese schweizerische Organisation sie herbeiführen würde, könnte in der deutschen Öffentlichkeit nicht auf Billigung und Duldung rechnen. Der Deutsche Buchdrucker-Verein wird Wege finden müssen — und er scheint dabei, sie zu finden —, auf denen der in der Tat ruinösen Preisnarrarchie begegnet werden kann, ohne daß die Initiative des einzelnen Unternehmers gänzlich ausgeschlossen wird.

Der Bericht der Sachverständigen

Die Ausarbeitung des Berichts

Zur Zeit wird in Paris der erste Berichtsentwurf zur Feststellung des endgültigen Textes überreicht. Die allgemeine Anzeigenscheinung hängt von der Regelung der belgischen Ansprüche ab. Kommt es hier zu einer Einigung, so dürfte die Unterzeichnung vor Ende dieser Woche erfolgen. Im übrigen haben die amerikanische und die japanische Delegation ausdrücklich ihr Desinteresse an der Frage der belgischen Warenansprüche zum Ausdruck gebracht. Es scheint, daß auch die englische Delegation sich nicht dem französisch-belgischen Anspruch anschließt. Der Bericht wird in drei Texten, deutsch, englisch und französisch, verfaßt und veröffentlicht werden.

Die belgische Markfrage

In der belgischen Markfrage hat der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Dr. Schacht, an Owen Young einen Brief gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß die deutsche Regierung bereit sei, unzerstückelt einen Kampf mit der belgischen Regierung abzuschießen, wodurch die beiden Regierungen sich verpflichten, Verhandlungen auf einer neuen Basis aufzunehmen mit dem Ziel einer endgültigen Regelung der Markfrage. Diese Verhandlungen sollen zum Abschluß gebracht werden, bevor der neue Reparationsplan von den Regierungen in Kraft gesetzt werde. Die deutsche Regierung hat als Sonderbevollmächtigter Ministerialdirektor Ritter für diese Frage ernannt.

Paris, 4. Juni. (Tel.) Durch den Brief, den Reichsbankpräsident Dr. Schacht an Owen Young geschrieben hat, ist eine neue Lage geschaffen. Nach der „Chicago Tribune“ sieht die Mehrzahl der Gläubigerdelegationen dieses Schreibens als einen großartigen Beweis für den guten Willen Deutschlands an — und — drängt man daher die Belgier dazu, sie möchten den Vorschlag annehmen. Obwohl eine Äußerung aus Brüssel hierzu noch nicht vorliegt, habe man in Konferenzkreisen gestern abend allgemein den Eindruck gehabt, daß die Unterzeichnung des Sachverständigenberichts nunmehr in einigen Tagen werde erfolgen können. Owen Young scheint ziemlich optimistisch zu sein und habe angekündigt, er besichtige, am Samstag die Küste nach Amerika anzutreten.

Verleihung der Ehren-Senatorenwürde an einen Journalisten. Der große Senat der Technischen Hochschule in Stuttgart hat dem Redakteur Adolf Heller bei der hiesigen Wirttenberg-Delegationen des Telegraphenunion Stuttgart mit der Würde eines Ehren-Senators ausgezeichnet. Die Verleihung erfolgte durch den Rektor der Hochschule bei einem Festakt aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins, dessen Vorsitzender Heller ununterbrochen seit 25 Jahren ist. Der großen Verdienste des Jubilars um die Organisation des gesamten schwebischen Schrifttums gedachte bei der Feier u. a. der württembergische Staatspräsident Dr. Woll.

Reichsminister a. D. Dr. Hermes weist wieder in Warschau, um die Beziehungen zum deutsch-polnischen Handelsvertrag wieder aufzunehmen.

Aus dem Reichstag

Noch keine Reparationsdebatte — Annahme des Landwirtschaftsetats — Agrarzölle

Der letzte Tagungsabschnitt des Reichstags vor der großen Sommerpause nahm am Montag seinen Anfang. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Deutschnationalen, daß die Regierung noch vor Stresemanns Abreise nach Madrid dem Reichstag über das Ergebnis der Pariser Konferenz Rede und Antwort stehe. Gegen die Deutschnationalen, die Kommunisten und Nationalsozialisten wurde das deutsch-nationale Verlangen abgelehnt.

In einer über das übliche Maß hinaus verlängerten Sitzung wurde dann endlich die 2. Beratung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft zu Ende geführt. Minister Dietrich teilte mit, daß für die Zollfragen, die das Brotgetreide betreffen, ein Sachverständigenauschuss eingesetzt ist, und daß diese Fragen noch vor der Sommerpause erledigt werden sollen. Die übrigen Zollfragen sollen in Verbindung mit den aus der Pariser Reparationskonferenz sich ergebenden Wirtschaftspragen in einer Sonderberatung des Reichstags im September behandelt werden. Der Landwirtschaftsetat wurde schließlich unter Ablehnung vieler Änderungsanträge nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Bereitstellung von 5 Millionen Reichsmark für Kindererziehungs- und Jugendfürsorge, gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Dietrich. Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wurde eine Entschließung des handelspolitischen Ausschusses auf Anhebung der Fleischzölle an die Lebensmittelzölle angenommen; der weitere Ausschussantrag, der eine Erhöhung der Speck- und Schmalzzölle wünscht, wurde zurückgestellt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Dienstausschüsse, die um 3 Uhr beginnt, steht der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Reichsinnenminister über Reich und Polizei

Im Rahmen der Darmstädter Polizeiwöchentlichkeit hielt Reichsinnenminister Severing eine Rede über „Reich und Polizei der Länder“. Er sagte u. a., beim Notkonnoverbot habe sich auf dem Gebiete der Polizei zum erstenmal ein einheitliches Vorgehen der Länderregierungen erzielen lassen. Der Volksstaat stehe heute festgefügter, gutgedrillten Gegenorganisationen gegenüber. Der Stahlhelm werde dem Volksbegehren nicht durchdringen; denn dazu habe er es zu oft angeknüpft. Aber bei Anhalten der wirtschaftlichen Depression auf Jahre hinaus werde der Stahlhelm über kurz oder lang doch einmal den Boden als günstig für eine Aktion ansetzen, ebenso — nur einige Grade rückwärts — die Kommunisten. Für den Notfall bleibe zwar Artikel 48 der Reichsverfassung, ihn aber oft anzuwenden, bringe die Verfassung in Mißkredit und erwecke nicht den Eindruck eines Volks-, sondern eines Polizei- oder Diktatorstaates. Die beste Regelung seien Vereinbarungen mit den Ländern, bevor die Krise da sei. In bezug auf die Polizei sei zu wünschen, daß sie sich stets als Volksinstitution fühle.

Röffe und Midlin wiedergewählt. Bei den elsässischen Wahlen zum Generalrat waren im Oktober vorigen Jahres im Bezirk Kolmar der Autonomit Röffe und im Bezirk Dammert der Autonomit Dr. Midlin gewählt worden. Ihre Wahl war jedoch durch den Staatsrat für ungültig erklärt worden. Bei der Ersatzwahl am Sonntag wurden Röffe und Dr. Midlin wiedergewählt, und zwar erhielt in Dammert Dr. Midlin 1203 Stimmen, sein Gegenkandidat 1087 Stimmen, in Kolmar erhielt Röffe als einziger Kandidat 3385 Stimmen von 4128 abgegebenen gültigen Stimmen.

Gestörte Fronleichnamsprozession in München

Von Fritz Schöber, Heilbronn

Schon bald nach 6 Uhr früh ziehen sich Schulen, Studenten, Vereine, mit ihren Fahnen in den Straßen um die Frauenkirche herum zusammen. Vor und in dem Dom großes Aufgebot von Polizei zur Einhaltung der Ordnung. Die Kirchenbänke sind den eingeladenen Prozessionsmitgliedern reserviert. Pünktlich um 7 Uhr hält der Kardinal seinen Einzug. Mit weit geöffneten Türen glänzt der Hochaltar golden durch die Lichte der großen, herabhängenden Kronleuchter und der Kerzen auf dem Altare selbst. Das Sanktissimum erstrahlt in einem Kranz von Kerzen. Wundervolles Orgelspiel und Gesang des Kirchenchors geben dem Gottesdienst heute eine besondere Weihe. Wie sich am Schluß des Pontifikalamtes die Teilnehmer zu der Prozession zusammenziehen, ergibt ein herrliches Bild. Kerze um Kerze, getragen von Geislichkeit und Ordensbrüdern, taucht aus dem mythischen Dunkel der Seitengänge auf und nähert sich den Stufen des Altars. Ein wahres Lichtmeer. Blumen geschmückte Vortragskreuze, viele Fahnen. Die Weislichkeit in feittlichen, meist golddurchwirkten Gewändern. Wie doch das Licht die Farben hebt! Die Domkapitularie in violetter Gewandung. Der Traghimmel mit wippenden Straußfederbüscheln. Alles verhalten, ruhig und gemessen in der Bewegung.

Als der Zug den Dom verlassen hat, ist der Raum ganz leer von Menschen. Und dunkel. Kein Lichtlein mehr. Groß ist der Gegensatz zum vorigen feittlichen und strahlenden Gepränge. Durch das weit geöffnete Hauptportal grüht aber jetzt der trübe Morgen den dunklen Kirchenraum, grünen die hellgrünen Plätter der Lindenbäume. Man sieht, wie die Prozession endlos über den Domplatz zieht. Der Schwabe hört die Peter:
 Daß Wille geschähe!
 Die Frucht Daines Laibes.
 Ihm fällt die bayrische Mundart ins Ohr, denn er betet:
 Dem Wille geschähe!
 Die Frucht Daines Leibes.

Er erschienen ihm auch an heiliger Stätte lustige Lichter wie pausbäckige ausgelassene Kotosengelchen, die selbst angeht des Reichthums ihre Feittheit nicht lassen, dem der Gläubige sich nicht, wie er sich in den Stuhl des Zahnarztes setzt.

Die riesigen Fahnen im Zug sind gar nicht so leicht zu dirigieren. Würdige Männer mit Zylinder halten an drei oder

mehr Stangen die sich teilweise übermüht gebärdenden Fahnenführer bei der Stange.

Ich stehe ganz allein neben einem der knieenden Bronzegeritter an Kaiser Ludwigs Grab. Vor mir des Tages Heiligkeit mit der unaufhaltsam schreitenden Prozession. Hinter mir die dunkle menschenleere Halle des Domes mit den braungrauen Säulen, die sich im Innendlichen zu vertiefen scheinen, wie neulich im „Parjival“ in der Grafsburg.

Weise fängt es an zu tröpfeln. Schirme schießen auf wie Pilze. Während des ersten Evangeliums am Altar auf dem Marienplatz wird es dunkler und dunkler. Die hl. Handlung an diesem ersten Altar ist zu Ende. Man sieht, die Prozession zögert weiterzuschreiten. Sie schickt sich an umzulehren. Schon aber beginnt es stärker zu regnen. Die Birkenbäumchen, die sogar St. Peters ehrwürdigen Turm krönen, fangen an, bedenklich die grünen Häupter zu schütteln. Stärker wird der Wind. Stärker der Regen. Es blüht gewaltig. Der Donner kracht in raschen Schlägen. Es gießt vom Himmel wie mit Kubeln. Der Unruhe bei der Prozession und den Zuschauern, waren nun Hast und Eile gefolgt. Kreuzträger, Ministranten, Stadtväter in Frack, mit stolzen, goldenen Ehrenketten, Barmherzige Schwestern und Ordensbrüder, alles suchte sich unter die Bogen des Rathhauses zu retten. Wie die dem Dom zustrebende Geislichkeit ihr Ziel erreicht hat, wissen die Götter. Die schwarzen Zylinder sträubten die Haare. Das Schuppenscheitelpfeil suchte vergeblich Schutz unter den Vorbereibenden, die den Altar umstanden. Bei dem geringen Verstand, den mir Gott verliehen hat, grübele ich vergeblich darüber nach, warum gerade um die neunte Frühstunde ein deraartiges Unwetter einen Festzug unterbrach, welcher doch der Ehre Gottes diene. Eine halbe Stunde später lächelte Frau Sonne aus den großen Pfützen, die der Regen auf den Straßen hinterließ. Die Menge hatte sich aber inzwischen auf „franziskaner“, Bauerngürtel usw. gestürzt, deren immerhin großer Vorrat Weiß- und Brauwaren dem unbarmherzigen Andrang kaum gewachsen war. Teilweise trat großer Jammer zutage über die Notwendigkeit und die Unkosten des Aufbügelns der nassen Anzüge. Besonders leid taten mir die durchnässten Mädcheln in den weißen Kleidern, die fröstelnd in den Wirtskafalen Unterarm gesucht hatten. Finden Sie, daß der Himmel sich ganz richtig verhalten hat? Oder meinen Sie, daß die Mägde gebeten hätte, bei zweifelhaftem Wetter die Prozession nicht zu riskieren? Aber was heißt: zweifelhaft?

Feuerbach-Gedächtnisfeier in Karlsruhe

Im Kreis der „Freunde der badischen Kunstschätze“, in deren Reihen man u. a. Unterrichtsminister Dr. Leers, Ministerialdirektor Dr. Huber die Direktoren der technischen Hochschule und Landeskunstschule Wulringer und Babberger sowie Bürgermeister Schneider bemerkt, fand am Montagmittag eine Gedächtnisfeier für Anselm Feuerbach statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, zu der die Direktion der Kunsthalle zahlreiche Einladungen hatte ergothen lassen, stand eine Ansprache von Prof. Dr. Hermann Abbe-Bernays, eines der besten Feuerbach-Kenner und -Forscher unserer Tage. Ausgehend von den vielfachen persönlichen Beziehungen, die Feuerbach mit dem Lande Baden und insbesondere mit der Stadt Karlsruhe verbunden, erinnerte er in seiner Einleitung u. a. auch an die Tatsache, daß hier 1800 schon der erste deutsche Feuerbach-Saal eingerichtet wurde, und daß zusammen mit den jetzigen Ehrungen alle Kränkungen wieder gutgemacht seien, die der Jubilär bei seinem Karlsruher Aufenthalt in den Jahren 1854/55 namentlich von Schirmer und Lessing erdulden mußte. Ohne weiter auf die Tragödie im Leben Feuerbachs und auf biographische Einzelheiten einzugehen, gehörte sodann der Hauptteil seines Vortrags einer Darstellung von Feuerbachs Kunst nach Inhalt, Wesen und Entwicklung, wobei er warmherzige und beachtenswerte Worte für die Einheit dieses künstlerischen Willens und Schaffens fand und die Feuerbachs Werke so oft nachgerühmte ideale Schönheit an den verschiedenen Phasen seines Berganges — er teilte diese je in ein antikaltes-ideales, französisches, venezianisches und klassizistisches Element — meisterhaft aufzählte. Die mit starkem Beifall aufgenommene Rede wurde umrahmt von musikalischen Darbietungen; das Kammerorchester der badischen Hochschule für Musik spielte zwei Concerti grossi von Handel unter der Leitung von Josef Reischer, und gab vor allem mit dem herrlichen h-Moll-Vert dieser schiedten, aber gerade deshalb ergreifenden Feiersunde im Hauptaal der Feuerbach-Ausstellung einen stimmungsvollen Ausklang.

Zeitungswissenschaftliches Institut Heidelberg

Nach einer Sitzung des Verwaltungsrats des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, in der über das Programm des nächsten Semesters gesprochen wurde, fand die Gründung des Kuratoriums des Zeitungswissenschaftlichen Instituts statt, dem eine große Anzahl von Mitgliebern der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse angehört. Der badische Kultusminister Leers eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er als die Aufgabe des Zeitungswissenschaftlichen Instituts die Schaffung der Wissenschaft von der Zeitung und ihre Verbreitung unter die Studierenden aller Fakultäten bezeichnet. Für die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse sprach Dr. Kurt Simon, Frankfurt a. M., für den Verein deutscher Zeitungserleger Kommerzienrat Krumbhaar, und für den Reichsverband der deutschen Presse Dr. Gustav Richter. — Darauf hielten Professor Wolf, Dresden, und Chefredakteur Paul Bäder interessante Beiträge über Probleme der Zeitungswissenschaft.

Vor dem Wiener Schwurgericht begann der Prozeß gegen den früheren Mitmeister Felix Gartner wegen Mordmordes, begangen an der Tochter des früheren ägyptischen Finanzministers Mouheb Pascha, der Prinzessin Wagisha Hji Hji Mouheb. Wie erinnerlich, hat Gartner am 8. November in einem Konzert des Virtuosen Raja Brigheda die Prinzessin, die auf Wunsch ihres Vaters ihre Beziehungen zu ihm abgedroht hatte, mit fünf Revolverkugeln getötet.

Das vierstöckige Gebäude des allgemeinen Krankenhauses in Chicago ist in Flammen aufgegangen. Nach den vorliegenden Meldungen ist es gelungen, alle Kranken in Sicherheit zu bringen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Schauinslandbahn.
Das Staatsministerium hat auf Grund des § 31 des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

- Die Linie der Seilseilbahn auf den Schauinsland bei Freiburg i. N. gilt nach Maßgabe der vorgelegten Pläne dahin als festgelegt, daß sie mit der Talstation auf Gemarkung Gorden (Grundstück Abg. Nr. 82 - 1. Kurve des Kreiswegs Nr. 48 Friedrichshof - Horben) beginnt und in gerader Linie über Gelände der Stadt Freiburg bis zur Endstation führt, die sich beim sogenannten Stall unmittelbar oberhalb des Weges vom „Stall“ nach dem Schauinsland-Rosshaus befindet.
- Verpflichtungen im Sinne des § 5 des Enteignungsgesetzes sind in diesem Befehle nicht aufzuzählen.
- Eine Änderung des Planes soll nicht eintreten.

Karlsruhe, den 1. Juni 1929.
Der Minister des Innern
Remmle.

Bezirksstelle Weiskopf.
Die Bezirksstelle in Weiskopf ist neu zu besetzen. Bewerbungen sind binnen 8 Wochen einzureichen.
Karlsruhe, den 29. Mai 1929.
Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Verwaltungspraktikant Josef Schmitt beim Bezirksamt Badshut zum Oberreferent; Bürogehilfe Alois Keller beim Bezirksamt Freiburg zum Verwaltungsassistenten; Verwaltungsassistent Franz Giesler bei der Heil- und Pflegeanstalt Jlenau zum Verwaltungsfachsekretär.

Zur Ruhe gesetzt:
Polizeisekretär Karl Meier in Rastatt.

Ministerium der Finanzen

Forstabteilung

Planmäßig angeheft:
Forstassistent Leopold Verbes bei der Forstabteilung.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Versetzt:

Die Professoren: Karl Sohn von der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe an jene in Freiburg, Erwin Pfeiffer von der Lessingsschule in Karlsruhe an die Lehrerbildungsanstalt in Freiburg, Dr. Friedrich Wührer vom Gymnasium in Heidelberg an die Lehrerbildungsanstalt daselbst, Dr. Franz Schneider von der Realschule in Gernsbach an die Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe;

die Studenträte: Ludwig Seufert vom ehem. Lehrerseminar Freiburg an die Lehrerbildungsanstalt daselbst, Otto Nuttner vom ehem. Lehrerseminar Heidelberg sowie Emil Hoffmeister vom ehem. Lehrerseminar Freiburg an die Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg, Robert Braht von der Humboldtschule in Karlsruhe an die Lehrerbildungsanstalt in Freiburg;

die Musiklehrer: Gustav Bier vom ehem. Lehrerseminar Freiburg und Bruno Kummel von der Notteck-Oberrealschule in Freiburg an die Lehrerbildungsanstalt in Freiburg; Gewerbelehrer Billy Seilmacht an der Gewerbeschule in Weinheim an jene in Wühl.

ferner: Hausmeister Andreas Gling vom ehem. Lehrerseminar Freiburg an die Lehrerbildungsanstalt in Freiburg sowie Hausmeister Peter Hermanns und Maschinenmeister Konrad Sid vom ehem. Lehrerseminar Heidelberg an die Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg.

Ernannt:

Zu Professoren an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg: Rektor Wilhelm Lacroix an der Volksschule in Heidelberg sowie Lehramtsassistent Dr. Hermann Nödel aus Oberahrern;

zu Studenträten als Lehrer der Methodik: die Hauptlehrer Philipp Hört von der Volksschule in Heidelberg an der Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg und Franz Geierhaus von der Volksschule in Bruchsal an der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe, sowie die Rektorin Maria Beyerle von der Mädchenfortbildungsschule in Freiburg an der Lehrerbildungsanstalt daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Fortbildungsschullehrer Julius Schwanau in Mannheim bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Hauptlehrer Anton Langenacker in Rappell, Amt Freiburg.

Verstorben:
Veterinärarzt als Bezirksleiter Heinrich Fehsenmeier in Radolfzell.

Vom Guten das Beste, dennoch billig!

Ebeha-Gasherde
mit Backofen. 95 RM.

Küppersbusch-Gasherde
mit Backofen u. Messingbrenner . 125 RM.

Junker & Ruh-Gasherde
das neue Modell 1929 132 RM.

Badeeinrichtung
komplett, innen u. außen emailierte Wanne u. Kupfer - Wand- Gasbadeofen 215 RM.

Zahlbar in bar oder 24 Monatsraten zu den Bedingungen des städtischen Gaswerkes 610

P. H. NAGEL
Spezial-Abteilung für Herde u. Öfen
Kaiserstr. 59

Badische Girozentrale
Zweiganstalt Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte
insbesondere 368

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs
Kredithingabe
an den gewerblichen Mittelstand

Bezirksparkasse Schönau i. Schwarzwald

(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen	R.M.	Schulden	R.M.
1. Kassenbestand	14 725,19	1. Spareinlagen	854 564,63
2. Guthaben bei den Girozentralen und Banken	66 292,21	2. Aufwertungseinlagen	554 618,94
3. Wechsel	10 843,49	3. Girogelder	198 719,35
4. Darlehen auf Hypothek	420 741,-	4. Kontokorrent-Kreditoren	12 547,29
5. Darlehen in laufender Rechnung	256 386,36	5. Anlehenskapitalien (Umschuldungskredit)	3 000,-
6. Darlehen a. Gemeinden	352 277,95	6. Rücklagen	
7. Darlehen auf Schuldschein an Private	56 101,-	Reservefonds per Ende 1927	54 230,45
8. Betriebskapital für die Girozentrale	33 000,-	7. Reingewinn 1928	20 501,87
9. Aufwertungskapitalien	437 483,44		
10. Aufwertungsabrechnungsfonds	34 273,52		
11. Einnahmerückstände	14 067,37		
12. Inventar	1,-		
	1 696 182,53		1 696 182,53

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: R. 64
5% aus 1 618 440,- R. = 80 920,- R.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 . . . = 74 732,32 R.
Schönau i. Schwarzwald, den 31. Mai 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Walter
Der Geschäftsleiter: Seger

Rassenschranf
feuerfester, zu verkaufen.
Fabrikat, Schnizer, Stuttgart.
Außenmaße: 175 hoch, 90 breit, 65 tief.
Innen sind je 4 verschließbare Schale und Schubladen. Schranf ist bestens erhalten und eignet sich besonders für Gemeinden, Kassen oder Verwaltungen.
Anfragen unter S. S. 607 an die Exp. erbeten.

Auch Torpedo-Fahrräder
erhalten Sie bei geringer Anzahlung und kleinen Raten bei
EBERT, Karlstraße 36

Bezirkspolizeiliche Vorschrift über die Genehmigung von Bauten und die Sicherung des regelmäßigen Wasserabflusses am Pfingstfest.
Bekanntmachung
Für den Amtsbezirk Karlsruhe ist eine bezirkspolizeiliche Vorschrift obigen Betreffs erlassen worden, welche durch den Herrn Landeskommissär in Karlsruhe am 22. Mai 1929 für vollziehbar erklärt worden ist. Sie kann auf dem Bezirksamt Zimmer 26 während 14 Tagen innerhalb der amtlichen Dienststunden eingesehen werden.
Karlsruhe, den 29. Mai 1929 R. 79
Badisches Bezirksamt III. O.-R. 99.

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Celly do Rheidt Enoch Light
Die Sensationen dieser Saison muß jeder sehen

Badisches Landestheater
Mittwoch, 5. Juni
10. Vorstellung der Schülermiete
Der fliegende Holländer
Von Richard Wagner
Dirigent: Schwarz
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Fanz, Winter, Vorobin, Kainbach, Rentwig, Rüh, Anfang 13^{1/2}, Ende n. 21
Preise C. (1-7 R.)
Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Do., 6. Juni Gesellschaft, Fr., 7. Juni Tanzhölzer, Sa. 8. Juni zum erstenmal: Periphere, So., 9. Juni einmaliges Gaitspiel Beatrice Sautter-Rottlar: Ein Wastenkall. Im Konzerthaus: zum erstenmal H. 3, No., 10. Juni Gesellschaft.
Abend. R. 58
Güterrechtsregisteramttrag Bd. II 1. Seite 870: Adam, Dr. Edmund, prakt. Arzt in Rappelsdorf, vnd Paula, geb. Süßengut. Vertrag v. 8. Mai 1929 - Gütertrennung. Achen, 25. Mai 1929. Bad. Amtsgericht.

Gemeinnützige Auswandererberatungsstelle
des V.D.A. Karlsruhe und des D.A.I. Stuttgart
Karlsruhe, Stefaniestraße 43
Haus der Landwirtschaftskammer

Auswanderer!
Bevor Ihr auswandert, wendet Euch an die Beratungsstelle!
Auskünfte jeder Art nach dem neuesten Stande der Dinge mündlich und schriftlich.
Sprechstunden: 1/2 10-12 und 15-16 Uhr.

Die per 1. Juli 1929 fälligen Zinscheine unserer Gold-Hypotheken-Pfandbriefe lösen wir wie folgt ein:

a) 8%ige Goldhypothekenspfandbriefe und 8%ige Goldschuldverschreibungen

aus GR.	50.-	mit R.	2.-
"	100.-	"	4.-
"	200.-	"	8.-
"	500.-	"	20.-
"	1000.-	"	40.-
"	2000.-	"	80.-
"	5000.-	"	200.-

b) 7%ige Goldhypothekenspfandbriefe

aus GR.	100.-	mit R.	3.50
"	200.-	"	7.-
"	500.-	"	17.50
"	1000.-	"	35.-
"	2000.-	"	70.-
"	5000.-	"	175.-

c) 6%ige Goldhypothekenspfandbriefe

aus GR.	100.-	mit R.	3.-
"	200.-	"	6.-
"	500.-	"	15.-
"	1000.-	"	30.-
"	2000.-	"	60.-
"	5000.-	"	150.-

d) 4 1/2%ige Liquidationsgoldpfandbriefe

aus GR.	50.-	mit R.	1.13
"	100.-	"	2.25
"	200.-	"	4.50
"	500.-	"	11.25
"	1000.-	"	22.50
"	2000.-	"	45.00
"	5000.-	"	112.50

Von obigen Beträgen kommen 10% Kapitalertragssteuer in Abzug.
Mannheim, den 1. Juni 1929
Rheinische Hypothekenbank.

Ausschreibung.
Die äußeren Entwässerungsarbeiten, die inneren Reparaturarbeiten und die Schloß- und Schmiedearbeiten für die Abortentwässerung und Entlüftungen (Gipsarbeit) für den Neubau der Chirurgischen Klinik in Freiburg i. Br. werden öffentlich ausgeschrieben.
Die Angebotsbordrude, soweit vorzütig, können auf unserem Baubüro Hugstetterstraße im Neubau der Med. Klinik IV. Stock, Zimmer 25 ab 6. Juni bis einschli. 13. Juni jeweils von 11 bis 12 1/2 Uhr abgeholt und die Zeichnungen und Bedingungen eingesehen werden. Versand nach auswärts erfolgt nicht. Die Öffnung der Angebote, welche geschlossen mit entsprechender Aufschrift bis 26. Juni auf demselben Büro einzureichen sind, erfolgt am gleichen Tage vormittags 11 Uhr. R. 75
Zusatzfrist 6 Wochen.
Bad. Bezirksamt
Freiburg i. Br.
- Kleinbaubüro -